

Forum-Gewerberecht | sonstige Themen | Norwegen: Einarmige Banditen des Roten Kreuzes in Norwegen verboten

Autor	Beitrag
anders 10.07.2007 16:40	Oslo - Jetzt ist es aus mit dem Geldsegen für Rotes Kreuz und Seenotrettung: In Norwegen sind Hilfsorganisationen seit Juli nicht mehr berechtigt, ihre Wohltätigkeit mit Glücksspielmaschinen zu finanzieren. Der Staat verhängte angesichts der verbreiteten Spielsucht ein Monopol. "Das Glücksspiel ist in den vergangenen Jahren so explodiert, dass wir handeln mussten, um die daraus entstehenden gesellschaftlichen Probleme zu begrenzen", sagt Kulturstatssekretär Halvard Ingebrigtsen. Die wohltätigen Organisationen machen gute Miene zum bösen Spiel, obwohl zum Beispiel das Rote Kreuz über die Hälfte seiner Einnahmen verliert. "Wir wissen, dass jetzt weniger Geld für gute Zwecke fließen wird", sagt Ingebrigtsen, "doch unser Hauptanliegen ist der Kampf gegen die Geißel der Spielsucht". An die 71.000 Norweger sind spielsüchtig, weitere 133.000 seien gefährdet, erläutert Lill-Tov Bergmo vom Verein der Angehörigen von Spielopfern. Die Gesamtbevölkerung des Landes umfasst 4,6 Millionen Menschen. "Hinter jeder Person steht ein ganzer Haushalt - die Exzesse eines Spielers sind auch immer das Unglück einer ganzen Familie", sagt die Aktivistin. Deshalb haben die Hilfsorganisationen auch nicht protestiert, als die Entscheidung fiel, ab 1. Juli ein staatliches Monopol für Glücksspielautomaten einzuführen. "Diese Automaten waren der Grundstein unserer Einkünfte", räumt Ingvar Johnsen von der Seenotrettungs-Gesellschaft ein. "Aber wir waren uns darüber im klaren, dass das so nicht weitergehen konnte." Auch der Sprecher des Roten Kreuzes, Bernt Apeland, gibt zu, "dass wir uns vom ethischen Standpunkt gesehen nicht sehr wohl gefühlt haben mit der Spielsucht, die aus der vorherigen Situation entstanden war." Moralisch geht es den Hilfsorganisationen damit jetzt besser, doch finanziell müssen sie sich etwas einfallen lassen. Einen Teil der staatlichen Einnahmen sollen sie auch weiterhin bekommen - aber das dürfte nur ein Bruchteil der 3,4 Milliarden Euro sein, die die NGOs und andere private Betreiber im Jahr 2006 mit den Automaten eingenommen haben. "Wir werden unsere Kosten reduzieren, rationalisieren, unsere Ausgaben genau überprüfen", sagt Apeland. "Einschnitte bei unseren Hilfsaktivitäten kommen aber nicht in Frage." Die meisten Gruppen haben in den "fetten Jahren" Geld in Investmentfonds angelegt. Für die Angehörigen der Opfer aber ist die Verstaatlichung des Glücksspiels mit dem Übergang zu angeblich "weniger aggressiven" Automaten nicht genug. Rund 5000 Euro gibt ein Spielsüchtiger im Schnitt jährlich wegen seiner Krankheit aus. "Wir brauchen ein völliges Verbot, und um die Spiele über Internet zu verhindern, muss es eine Früherkennung geben - vielleicht sogar schon im Kindergarten", verlangt Bergmo. Gefunden unter: http://www.net-tribune.de/article/100707-184.php

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge: